Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Augsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

Konsequenzen aus dem EuGH-Urteil zu gentechnisch verunreinigtem Honig

Die **Kleine Anfrage 1818** vom 14. September 2011 hat folgenden Wortlaut:

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 6. September 2011 bestätigt, dass Honig, der Pollen des gentechnisch veränderten Mais der Sorte MON810 enthält, in der Europäischen Union keine Zulassung als Lebensmittel besitzt und somit nicht verkauft werden darf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie gedenkt die Landesregierung das o.g. Urteil aus Sicht des Verbraucherschutzes, der Landwirtschaft und der Imkerei im Freistaat anzuwenden bzw. umzusetzen?
2. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem EuGH-Urteil? Welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls wann ergreifen?
3. Welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Thüringer Landesregierung in Konsequenz der Rechtsprechung des EuGH auf EU-, Bundes- und Landesebene?
4. Wie verfährt die Landesregierung mit im Handel befindlichen Honig? Werden Kontrollen bezüglich etwaiger gentechnischer Verunreinigungen mit Pollen von MON810 erfolgen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welchem Umfang und in welchem Zeitraum?
5. Wie handhabt die Landesregierung die Kontrolle anstehender Honigimporte?
6. Welche Abstände zwischen Feldern mit gentechnisch verändertem Mais und Bienenstöcken hält die Landesregierung für fachlich geboten, um eine Verunreinigung von Honig auszuschließen?
7. Welche Position bezieht die Landesregierung nach dem EuGH-Urteil vom 6. September 2011 zum aktuellen Verbot des Anbaus und der Vermarktung der Maissorte MON810 bzw. zu deren Wiedezulassung? Wie begründet sie dies?
8. Hat die Landesregierung vor, ihre Position und daraus folgende Maßnahmen mit anderen Bundesländern abzustimmen und diesbezüglich im Bundesverbraucherschutzministerium aktiv zu werden? Wenn ja, mit welchen Bundesländern und in welchen Angelegenheiten?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 25. Oktober 2011 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Das Urteil enthält drei Kernaussagen.

1. Ein Stoff wie der Pollen einer gentechnisch veränderten Maissorte, der seine Fortpflanzungsfähigkeit verloren hat, ist kein gentechnisch veränderter Organismus (GVO) im Sinne der Verordnung (EG) Nr.1829/2003.
2. Produkte wie Honig und Nahrungsergänzungsmittel, die Pollen mit gentechnisch veränderter DNA und gentechnisch veränderten Proteinen enthalten, sind als "Lebensmittel, die Zutaten enthalten, die aus GVO hergestellt werden" einzustufen. Diese Einstufung kann unabhängig davon erfolgen, ob der fragliche Stoff absichtlich hinzugefügt oder zufällig eingetragen wurde.
3. Eine Toleranzschwelle zur Kennzeichnung wird im Fall des gentechnisch veränderten Mais MON 810 nicht wirksam, da dieser keine Zulassung als Lebensmittel besitzt und in diesem Fall die Nulltoleranz anzuwenden ist.

Zu 1.:

Bei dem in der Frage angesprochenen Urteil des EuGH handelt es sich um eine Auslegung zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 auf Pollen, der in Honig vorhanden ist. Das von der bisherigen Auffassung abweichende Urteil des EuGH ist für die Behörden der Lebensmittelüberwachung bei der Rechtsanwendung bindend und wird vorbehaltlich von Rechtsänderungen bei der Beurteilung von Honig herangezogen. Auf der nächsten Agrar- und Umweltministerkonferenz steht die Thematik zu Belangen der Imkerei und der Landwirtschaft auf der Tagesordnung.

Zu 2.:

Seit Vorliegen des Urteils wurden anlassbezogen Untersuchungen auf das Vorhandensein gentechnisch veränderter Pollen in Honig begonnen. Nach Auswertung der Ergebnisse wird geprüft, ob die Untersuchung von Honig auf den möglichen Gehalt an bestimmten gentechnisch veränderten Pollen in das Standard-Analyseprogramm des Thüringer Landesamtes für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (TLLV) aufzunehmen ist. Entsprechende Proben würden risikoorientiert in die Probenplanung einfließen.

Zu 3.:

Die Konsequenzen des Urteils auf europäische Regelungen werden derzeit in der EU-Kommission erörtert. Ob und in welchem Umfang einzelne nationale Vorschriften im Bereich des Lebens- und Futtermittelrechts sowie des Gentechnikrechts angepasst werden müssen, wird im zuständigen Bundesministerium geprüft. Auch auf der nächsten Agrar- und Umweltministerkonferenz steht die Thematik auf der Tagesordnung.

Zu 4.:

Die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter in Thüringen wurden aufgefordert, unverzüglich Betriebe zu überprüfen, von denen bekannt ist, dass sie Honig be- und verarbeiten oder Honig zur Weiterverarbeitung gehandelt wird. Es wurden insbesondere Proben von Importhonig zur Untersuchung auf gentechnisch veränderte Pollen, einschließlich Pollen von MON 810, entnommen. Im TLLV wurden bisher 32 Proben zur Untersuchung gebracht. Die Untersuchungen von Honig aus Thüringer Erzeugung ergaben keinen Hinweis auf das Vorhandensein von genetisch veränderten Pollen. In einer Probe eines importierten Honigs wurden gentechnisch veränderte Pollen nachgewiesen. Die zuständigen Vollzugsbehörden ermitteln zurzeit Umfang und Vertriebswege der dazu gehörenden Honiglieferung und leiten entsprechende Maßnahmen ein. Acht Proben befinden sich noch in der Bearbeitung.

Zu 5.:

Honig unterliegt an den Außengrenzen der Europäischen Union der Einfuhrkontrolle. Das zuständige Bundesministerium beabsichtigt, bei der Europäischen Kommission auf die einheitliche Kontrolle derartiger Importe hinzuwirken. Bis die Einfuhren EU-weit geregelt sind, werden risikoorientiert verstärkt Kontrollen in Betrieben erfolgen, die Importhonige verwenden.

Zu 6.:

Es ist zu erwarten, dass die Landesregierung im Rahmen der von der Bundesregierung angekündigten Anpassung der Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung u. a. Maßnahmen diskutieren wird, die grundsätz-

lich geeignet sind, Imkereiprodukte vor dem Eintrag gentechnisch veränderter Pollen zu schützen. Ob als Ergebnis der fachlichen Befassung eine Abstandsregelung stehen wird, bleibt abzuwarten.

Zu 7.:

Die Position der Landesregierung ist hierzu unverändert. Sie trägt weiterhin das vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ausgesprochene Anbauverbot von MON 810 mit. Im Übrigen liegt die Entscheidung über ein Anbauverbot ausschließlich bei der zuständigen Bundesbehörde.

Die Zulassung und das laufende Wiedezulassungsverfahren von Mais MON 810 fallen unter die Zuständigkeit der EU. Die Strukturen der EU und des Bundes, die in diese Verfahren einbezogen werden, können das EuGH-Urteil gegebenenfalls in Betracht ziehen. Thüringen zählt nicht zu den Verfahrensbeteiligten.

Zu 8.:

Thüringen stimmt sich bei der Umsetzung und dem Vollzug des EuGH-Urteils bezüglich der Lebensmittelüberwachung fortlaufend mit den anderen Ländern und dem zuständigen Bundesministerium ab.

Taubert
Ministerin